

# Posener Zeitung.

№ 14.

Donnerstag den 18. Januar

1849.

## Inland.

Berlin, den 17. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Hofkämmerer Geim in Potsdam den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

Der Staats-Minister Milbe ist von Breslau und der General-Major und Ober-Befehlshaber der Deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, von Bonin, von Schleswig hier angekommen.

Posen, den 17. Jan. Von der Polnischen Grenze geht uns folgende räthselhafte Mittheilung zu, deren Wahrheit uns jedoch versichert wird: Es ist von Seiten der Oberbehörde den niederen Russischen Grenzbeamten die Weisung zugegangen, bei einem etwaigen Uebertreten von Preussischen Soldaten denselben keineswegs die Waffen abzunehmen, vielmehr dieselben zu versorgen und sofort höheren Orts von dem Uebertreten der Truppen Anzeige zu machen. — Es ist den betreffenden Beamten zur ausdrücklichen Pflicht gemacht, diese Verordnung geheim zu halten. Einen Grund für diese Verordnung können wir uns so wenig finden, als die Gränze der Provinz gänzlich von Truppen entblößt ist.

† Bromberg, den 15. Januar. Es tritt hier jetzt immer klarer hervor, daß nicht die conservative, sondern die demokratische Partei bei den Wahlen siegen wird. Dieser Sieg der Demokraten in Bromberg entscheidet zugleich für den Wislitzer und Schubinischer Kreis, denn diese beiden Kreise werden mit Bromberg zu einem Wahlbezirk vereinigt werden. Diese Befürchtungen sind um so gegründet, als sich im Kreise Schubin sehr viel demokratische Elemente befinden, die dem Einfluß der Conservativen mit aller Macht entgegenarbeiten und Alles daran setzen, den Bürgermeister H. . . . aus Bromberg zum Deputirten zu erhalten. Bedenkt man hierzu, daß der frühere Deputirte des Wislitzer Kreises, der Legationsrath Kupfer jetzt dort sehr an Popularität verloren, und dort keine andere Persönlichkeit von der conservativen Partei eine entschiedene Majorität für sich hat, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß Bromberg, das sich stets als conservativ bewährt hat, diesmal 3 demokratische Deputirte nach Berlin schickt. Leider bestimmt uns zu dieser Annahme die Uneinigkeit der conservativen Partei selbst, in welcher sich einzelne Personen verhalten, daß sie in den Vorwahlen nicht die nöthige Stimmenzahl erhalten haben. Die demokratische Partei dagegen behält den Zweck im Auge und ist einig; auch schließen sich alle Polen und Polnischgesinnten derselben an und verstärken sie nicht unbedeutend.

Das hier seit 14 Tagen erscheinende „Volksblatt für den Deutschen Verein im Reggan“ das als Organ der Deutschen Interessen im Regdistric dienen soll, veröffentlicht das von Berlin aus im vorigen Monate an den Bromberger Deutschen Centralausschuß gerichtete Schreiben des Generals von Schaffer-Bernstein, worin die Orte genannt werden, welche auf die Reclamation des genannten Ausschusses wahrscheinlich noch Berücksichtigung finden werden. Es sind besonders die Dörfer Gole, Gofki, Springberg, die Stadt Wilatowo und die Güter Zabno, Gozda, Marcinkowo.

Berlin, den 13. Januar. Die Urwähler der Dorfgemeinde Nefsin bei Kolberg hatten sich mit einer Vorstellung an Se. Majestät den König gewandt, um eine Lösung der Zweifel zu erhalten, in welche sie durch heimlich und angeblich in Allerhöchstem Auftrage verbreitete Flugschriften verlegt worden waren. Sie fragten in dieser Vorstellung namentlich an, ob, wie ihnen in solchen Flugschriften mitgetheilt worden, Se. Majestät der König wirklich durch Seine Rathgeber gezwungen worden sei, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung aufzulösen und die Verfassung vom 5. December zu verleihen; ob es ferner der Allerhöchste Wille sei, das Grundeigentum zu theilen und den Besitzlosen zuzuwenden, und ob nur die Gutsbesitzer und Beamten der Ausführung dieser Absicht hindernd entgegenzutreten; ob sie endlich nach dem Willen Sr. Majestät bei den bevorstehenden Wahlen mit Ausschluß der größeren Grundbesitzer nur Leuten aus ihrer Mitte ihre Stimme geben sollten? Die Wittsteller erbat sich die unmittelbare Beantwortung Sr. Majestät über diese Punkte, so wie eine bestimmte Anweisung über die Person des zu Wählenden, indem sie nur zu Allerhöchstdenselben in dieser Beziehung volles Vertrauen hätten, und das, was ihnen von Sr. Majestät angetragen werde, unbedingt ausführen würden. Se. Majestät der König haben hierauf folgenden Allerhöchsten Schreiben an die Wittsteller erlassen:

„Auf die Vorstellung vom 5. d. M., deren treue und vertrauensvolle Worte Meinem Herzen wohlgethan haben, eröffne Ich Euch Folgendes:

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung habe Ich auf den Rath Meiner Minister, aber in eigener, freier Entscheidung aufgelöst.

Niemand anders hat Mich dazu gezwungen, als jene Versammlung selbst, indem die Mehrzahl ihrer Mitglieder Meinem Rufe, in Brandenburg ihre Verathung fortzusetzen, nicht folgte, und durch ge-

segwürdrige Beschlüsse den Staat und Mein Königlich-Haus in die äußersten Gefahren brachte.

Ich durfte es nicht dulden, daß durch die Verirrungen jener Abgeordneten die von Mir versprochenen Freiheiten länger dem Lande vorenthalten und Ruhe und Ordnung länger gestört und dadurch das Gedeihen der Gewerbe und die Wohlfahrt des Landmanns beeinträchtigt wurden.

Ich habe demnach bei Auflösung jener Versammlung ebenfalls aus freier, eigener Bewegung Meinem Volke ausgedehnte Rechte und Freiheiten in einer Verfassungs-Urkunde feierlich verbrieft. Die nochmalige genaue Prüfung und jede mögliche Verbesserung der Verfassung sind vorbehalten und werden unter Mitwirkung der jetzt zu wählenden Abgeordneten ausgeführt werden.

Nachdem solchergestalt ein geordneter Zustand gegründet, und nachdem auch das mehrfach erschütterte Ansehen des Gesetzes wieder hergestellt worden, wird, so hoffe Ich zu Gott, das Preussische Volk neuem Ruhme und erhöhtem Glücke entgegenzugehen, und die Segnungen einer wohlgeordneten, sorgsam und kräftigen Regierung werden allen Einwohnern des Staates, vornehmlich auch den Armen und Besitzlosen, deren Lage zu verbessern Ich eifrigst bemüht bin, zu Statte kommen. Diejenigen täuschen Euch aber und verdienen Euer Vertrauen nicht, welche Euch sagen, es sei Meine Absicht, die Besitzenden ihres Eigenthums zu berauben und es an die Besitzlosen zu vertheilen. Damit würde Niemandem geholfen, wohl aber Recht und Gerechtigkeit, welche aufrecht zu erhalten Mein von Gott Mir ertheilte heiliger Verus ist, in schmähtlicher Weise verlegt werden. Fragt Ihr endlich, wen Ihr wählen und als Abgeordneten nach Berlin senden sollt, so habe Ich zwar darüber bestimmte Vorschriften nicht zu ertheilen und hoffe, daß Mein biederes und treues Volk seiner würdigen Vertreter ausersehen wird; Meinen Rath aber will Ich Euch nicht versagen: lenkt Eure Wahl auf Männer, die eine wahrhafte Liebe zum Vaterlande befeelt, vor denen Ihr aufrichtige Achtung wegen ihres ehrbaren und tadellosen Wandels hegt, die ein warmes Herz für die Noth der Armen durch Thaten bewährt und genügende Einsicht und Willenskraft haben, um bei der Gesetzgebung des Staats zum Glück und Heil seiner Einwohner geistlich mitzuwirken. Solche Männer wählt, wo Ihr sie findet, unter Osnitz-Bürgern oder Bauern, unter Niedern oder Hohen; hütet Euch aber vor denen, welche Euch mit unerfüllbaren Hoffnungen schmeicheln, welche Haß und Unfrieden säen und Euch die verdächtigen, welche Ihr Zeit Eures Lebens als zuverlässig und redlich kennen gelernt habt.

Eure Bitte in Gnaden gern gewährend, habe Ich diesen Bescheid, dessen Veröffentlichung Ich Euch gestatte, eigenhändig vollzogen und lasse ihn Euch unmittelbar zufertigen.

Berlin, den 12. Januar 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegenges.) von Mantuffel.

An den Schulzen Krenzel, den Tagelöhner Gräber und die übrigen Urwähler in Nefsin bei Kolberg.“

Berlin, den 13. Januar. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat nachstehende Verfügung an sämtliche königliche Regierungen zur Mittheilung an die Volksschullehrer erlassen. Die im Eingange erwähnte Verfügung des Herrn Ministers des Innern ist der schon veröffentlichte Erlaß vom 26. v. Mts., in welchem die Behörden aufgefordert werden, für die vollständige Freiheit der Wahl zu sorgen, und sich jeder Einmischung zu enthalten. Die gesperrt gedruckten Stellen sind auch im Original hervorgehoben:

„Die königliche Regierung veranlasse ich, obenstehende Verfügung des Herrn Ministers des Innern an die Volksschullehrer Ihres Bezirkes zu vertheilen. In diesem Erlaß ist die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen in die Preussischen Kammern für die weitere Entwicklung unseres neuen Staatslebens, und die Aufgabe der Behörden in Bezug auf diese Wahlen klar dargelegt. Bei dem Einfluß, welchen die Volksschullehrer, namentlich auf dem Lande, in ihrem steten Verkehr mit den Familien und Gemeinden, nach Maßgabe des ihnen zugewendeten Vertrauens auf die Berichtigung irrtümlicher Ansichten und Mißverständnisse, auf die Belehrung des Volkes über die Fragen, um deren Entscheidung es sich gegenwärtig handelt, üben, kann es für dieselben nur ein Beweis meines in sie gesetzten Vertrauens sein, wenn ich durch Mittheilung des obenstehenden Erlasses die Ueberzeugung beihänge, daß sie den gegenwärtigen Zeitpunkt als einen solchen verstanden haben, wo nicht die Regierung, sondern das Vaterland, die Vergangenheit und die Zukunft des Volkes fordert, daß nicht durch ihre Unthätigkeit und Versäumniß, oder gar durch ihre Schuld die Wähler unaufgeklärt bleiben über ihre Pflichten und die Anforderungen, welche die höchsten Interessen des Staates und des Volkes

gebietet an seine jetzt zu wählenden Vertreter stellen. — Die Wahlen, welche das Volk jetzt trifft, werden entscheiden, ob die schreckliche Lehre der nächsten Vergangenheit verstanden worden ist, oder ob der frevelhafte Versuch wiederholt, und die Existenz eines auf Sitte, Wahrheit und Recht gegründeten Staats nochmals auf die gefährliche Probe gestellt werden soll. Nur solche Vertreter, welche mit der nöthigen Einsicht in das Wesen und die Aufgabe des Staates selbstständige Erfahrung in ihrem nächsten Lebensberuf verbinden; deren Herz nicht weniger lebendig für die gesetzliche Freiheit des Volkes, wie treu für den König und das angestammte Herrscherhaus schlägt; die durch rechtliches und unbescholtenes Leben in Familie und Gemeinde das Recht als die Grundlage jedes Gemeinwesens haben achten gelernt; welche wahre Bildung und ächt religiösen Sinn als die Bedingungen der weiteren, auch materiell geistlichen, Entwicklung des Volkslebens schätzen, und welche fern von allen eiteln und selbstsüchtigen Zwecken den Muth und die Hingebung besitzen, diese ihre Erkenntniß und ihren Willen zum Besten des Volkes geltend zu machen: nur solche Vertreter werden im Stande sein, im treuen Bunde mit einer starken, das Gesetz und die Ordnung schirmenden, freisinnigen Regierung das Werk zu vollenden, welchem der einsichtsvolle und treue Theil des Volkes sehnsüchtig entgegensteht. Das Volk hat solche Männer genug in seiner Mitte! Es liegt mit in der Hand der Lehrer, solche Männer zu bezeichnen, ihre Wahl zu sichern und in dieser Weise in einer freien, ihnen als Bürger des Staats zustehenden Thätigkeit den Behörden die Lösung der Aufgabe erleichtern zu helfen, welche denselben durch den vorstehenden Erlaß des Herrn Ministers des Innern gestellt worden ist. Mir genügt es, die Lehrer auf diese ihre Pflicht als Bürger aufmerksam gemacht zu haben, und glaube ich erwarten zu dürfen, daß dieselben bei dieser Gelegenheit beweisen werden, wie sie die hohe Aufgabe verstanden haben, die der Schule, und in derselben den Lehrern durch die neue Verfassung zugewiesen ist. Berlin, den 30. Dec. 1848. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten. v. Ladenberg.“

— Vor Kurzem sind die Lehrer wiederholt gewarnt worden, die Politik in die Schule zu übertragen. Nichts destoweniger hat ein hiesiger Schulpfleger nach dem Centralblatt für Schulreform das berühmte, in der „Neuen Preussischen Zeitung“ abgedruckte „Demokratenlied“ seinen Schülerinnen diktiert und zum Auswendiglernen aufgegeben. Da die Sache öffentlich zur Sprache gekommen ist, so wird die Behörde nicht vermeiden können, näher darauf einzugehen. (Nat. Ztg.)

Berlin, den 14. Januar. Bei der von unserm Magistrate vorgenommenen Eintheilung Berlins in 270 Wahlbezirke hat derselbe zugleich die Zahl der in jedem Bezirke zu wählenden Wahlmänner festgesetzt. Deren Gesamtsumme beläuft sich auf 1235. Dazu kommen noch 77 Wahlmänner des hier garnisonirenden Militärs, so daß Berlin im Ganzen 1312 Wahlmänner zu stellen hat. Da nun aber nach der königlichen Wahlverordnung auf je 250 Seelen ein Wahlmann zu wählen ist, so würde sich daraus nur eine Einwohnerschaft von 320,000 Seelen für Berlin ergeben, während bekanntlich die vorjährige amtliche Zählung mehr als 400,000 ergab. Der allzeit rüstige, wiewohl greise Kämpfer D. A. V. und A. tritt deshalb wieder in die Schranken und fordert darüber amtliche Rechenschaft von der Behörde. — Berlin scheint von einer wahren Programmwuth befallen zu sein. Es sieht Berlin schon lange in dem Rufe, alles Neue lebhaft zu ergreifen und in dieser Lebhaftigkeit nur gar zu leicht das Maß der Besonnenheit zu überschreiten. Der Enthusiasmus weilt für die Sonntag, der Enthusiasmus für Rüst, für die Lind u. f. w. sind ja genug besprochen. Dieses krankhafte Ergreifen einer neuen Erscheinung — das übrigens, nebenbei gesagt, doch auch in Berlin nicht allein zu Hause ist — zeigt sich nun wieder bei dem Aufsetzen politischer Programme. Von allen 112 Stadtbezirken Berlins ist vielleicht nicht ein einziger mehr, in welchem nicht ein oder gar mehrere Programme circulirten. Außerdem wird man noch mit allgemeinen, nicht einzelnen Bezirken angehörigen, Programmen überfluthet, die bald als Zeitungsbeilagen, bald auf andere Weise ins Haus geschmuggelt werden. Zu den am weitesten verbreiteten gehört dasjenige, welches von dem ehemaligen Abgeordneten F. Harfort abgefaßt sein soll, und welches eine große Anzahl von Unterschriften gefunden hat. Von bekannteren Personen gehören zu den Unterzeichnern dieses Programms der Geheim-Commerzienrath W. Beck, Borst, Brix, der Geheim-Ober-Hofbuchdrucker Decker, der Geheimrath Dietrich, der ehemalige Stadtverordneten-Vorsteher Journier, Stadtrath Ganiel, der Legationsrath v. Gruner, Fr. Harfort, der ehemalige Abgeordnete Geheimrath Jonas, Professor Keller, Professor Rauch, Professor Junk, Rose und Heinr. Rose, der General-Postmeister von Schaper, — Männer ziemlich verschiedener Farbe.

CC. Berlin, den 15. Jan. Die Vorversammlungen haben in



Dresden, den 10. Januar. (D. Z.) In der gestrigen Sitzung des Deutschen Vereins, die sehr zahlreich besucht war, hielt Dr. Götsch aus Leipzig einen Vortrag über die gegenwärtige Lage der Verhältnisse in Deutschland, und namentlich über die Oberhauptfrage. Wie bei einer früheren Gelegenheit in Leipzig selbst, wies er auf die Nothwendigkeit hin, daß Preußen an die Spitze des Bundes gestellt werde, hin und forderte zum Schlusse den Verein auf, sich der von Leipzig aus erlassenen Adresse an das Deutsche Parlament anzuschließen. Der Redner erndete lauten Beifall, und nach kurzer Debatte wurde gegen 4 Stimmen die Adresse vom Dresdner Verein angenommen.

Wien, den 13. Jan. (Schles. Ztg.) Nach den heutigen Nachrichten aus Pesth, worüber bis Abends noch ein Bulletin erwartet wird, soll die Ungarische Armee zwischen Szegebin und Debreczin eine furchtbare Niederlage erlitten haben. Eine bedeutend große Zahl ist, wie man hört, gefangen genommen, die übrigen sind nach allen Seiten versprengt worden. Das Gerücht von Kossuth's Gefangennehmung scheint sich wirklich zu bestätigen. Wie versichert wird, ist der Beschluß gefaßt worden, auch Venedig demnächst anzugreifen.

In der gestrigen Reichstagsitzung zu Kremsier ist Nichts von Belang vorgekommen. Man erwartet eine Interpellation wegen Unterdrückung mehrerer Zeitungen und einen Protest gegen die Erklärung Bach's und die Angabe ministerieller Journale, daß der §. 1 verworfen worden sei, da doch im Gegentheile das Princip angenommen und nur die Stelle in die Verfassungsurkunde verlesen wurde. — In gut unterrichteten Kreisen wird eine Veränderung des Ministeriums völlig in Abrede gestellt, und man hofft auf dem Wege der Vereinbarung, welchen Ullépißch durch sein Amendement angebahnt hat, die Mißbilligkeiten zwischen der Krone und dem Reichstage ausgeglichen zu sehen. Diese Meinung wird auch von der Börse getheilt.

Wien, den 14. Januar. Im Münz-Amt wurden vom Februar v. J. bis Januar d. J. 12 Millionen Zwanziger, eine halbe Million Thaler, Guldenstücke und Kupfermünze und eben so viele Sechser geprägt. Von letzterer Münze sollen noch 3 eine halbe Million zum Prägen bestimmt sein. Diese Geldwertstätte beschäftigt jetzt ungefähr 400 Mann. Die zeitlichen Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 40 Kr. C.M., die stahlen von 45 Kr. C.M., die kunstfertigeren von 60 Kr. C.M., die Kunstisten, wie Drechler, Schlosser, Schmiede, Tischler, 1 fl. C.M. Außerdem geben die starken Nachstunden besonderen Verdienst.

Der Nachwächter von Preßburg, Michael Weiß, wurde daselbst wie die Allg. Ost. Ztg. berichtet, frögerlich zu einem dreiwöchentlichen Arrest verurtheilt, weil er sich in seinen nächstlichen Amtsstunden mit muthwilliger Herabsetzung der Proklamationen amüßigt hatte. — Auf die Interpellation, ob hiesigen Studirenden der Besuch ausländischer Universitäten zu gestatten sei, wird in einem offiziellen Artikel auf die schon öffentlich mitgetheilte Aufhebung des betreffenden Verbotes und darauf hingewiesen, daß durch den selbst in der Wiener Ztg. besprochenen zahlreichem Besuch der Münchner Universität durch Oesterr. Studenten jene Aufhebung auch wirklich allgemein bekannt ist.

aus Pesth wird uns gemeldet, daß J. M. Fürst Windischgrätz einen Anruf an alle von der R. K. Fahne abgefallenen Militärs gerichtet hat, worin sie zur Rückkehr, unter Versicherung einer völligen Verzeihung aufgefordert werden. — Privatbriefen zu Folge sollen Emigranten in der Gegend von Salzburg, Linz und Dürnkraut das Landvolk für eine neuerliche Erhebung vorzubereiten suchen. — Gestern konnte wegen des großen Schneefalles auf der Nordbahn kein Train befördert werden.

Krakau, den 14. Jan. Von heute beginnt für Galizien und Krakau der Belagerungsstand und zwar in strengster Form. Als wahrscheinliche Gründe dieser Maßregel gelten die Ausweisung aller polnischen Emigranten und die befürchtete erste Rekrutierung in der früheren Republik Krakau. Man traut den zeitigen, zum Theil polnischen Civilbehörden weder die Kraft, noch den Willen zur Ausweisung der Emigranten zu und stellt deshalb Militair-Gewalt durch das Militairgesetz her. Auf diese Ausweisungsmaßregel weist wenigstens die Verfügung des stellvertretenden Hof Commissair Cimmayer hin.

## Ausland.

### Frankreich.

Paris, den 12. Januar. National-Versammlung. Sitzung vom 11. Januar. Der Kriegsminister Mulhière legt die Verfügung vor, welche den Beschluß der provisorischen Regierung hinsichtlich des Generals Jussuf vernichtet. (Ah! Ah!) An der Tagesordnung ist die Debatte über die veränderte Geschäftsordnung, die das Cabinet vor neuen Ueberumpelungen schützen soll. Artikel 52, welcher von der Ausnahme der dreimaligen Abstimmung handelt, wird angenommen. Art. 53, über die Art, in welcher die Regierung Gesetzesvorschläge zu machen hat, wird angenommen. Art. 55 bis 63, rein organischer Natur, werden nach langweiligem Streit angenommen. Pagnerre, Marrast's Vertrauter zur Zeit des Provisoriums, verlangt das Wort zu Interpellationen an den Finanzminister. Von vielen Bänken rechts: Zur Tagesordnung! Zur Tagesordnung! Pagnerre fährt aber unter Tumult fort: Ein Beschluß der National-Versammlung hat verordnet, daß das Finanzministerium eine Generalrechnung über sämtliche Ausgaben der provisorischen Regierung an- und vorlegen solle. Die Frist hierfür ist seit zwei Wochen verfloßen, ohne daß dieses geschehen. Ich frage hiermit den Finanzminister, warum es noch nicht geschehen? Der Fi-

nanzminister: Ich schrieb diesen Vormittag an das Präsbium der National-Versammlung, um es zu benachrichtigen, daß die fraglichen Rechnungen bereit lägen. Nur die Beläge über die Ausgaben der Nationalwerkstätten liegen nicht vor. Ich konnte sie nicht aufreiben. Ich habe sie von meinen Vorgängern vergebens reklamirt (Kärn). Die vorhandenen Aktensätze liegen zur Einsicht der National-Versammlung aus. (Sehr gut, sehr gut! zur Rechten.) Die Versammlung wendet sich einem Gesetze zu, das die Eingangszolländerungen für fremde Salze betrifft. Man schreitet zur Erörterung des einzigen Artikels, der den ganzen Gesetzentwurf bildet: „Vom 1. Februar 1849 an werden die fremden Salze unter folgenden Bedingungen zugelassen: zu Wasser und in den westlichen Häfen des Oceans zahlen 100 Kilos a) unter Französischer Flagge 2 Frs., b) unter fremder Flagge 2 Frs. 50 C. Ein Antrag, nur 2 Frs. für beide Fälle zu bestimmen, wird mit 385 gegen 344 Stimmen verworfen. Marrast: der Bürger Souteyra schlägt 1 Frs. 75 Cent. für Französische Flaggen und 2 Frs. 25 Cent. für fremde Flaggen vor. Der Finanzminister unterstützt diesen Antrag, weil er das heutige Salzvotum überhaupt nur als ein provisorisches betrachtet. Glais-Bizoin bekämpfte den Antrag. Dufaure unterstützt ihn im Interesse der westlichen Fischsälzdörfer, die sich alle entvölkern würden, wenn man die Zölle zu hoch stelle. Die Versammlung nimmt die Souteyraschen Zollsätze a) Französische Flagge 1½ Frs., b) fremde Flagge 2½ Frs. für das Kilogramm an. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

— Der Präsident der Republik ist mehrfach angegangen worden, der National-Versammlung einen Entwurf zur Wiederherstellung der Adels-titel vorlegen zu lassen. Ein ähnlicher Entwurf soll, wie man sagt, von Mitgliedern der Versammlung selbst ausgehen. — Der Finanzminister beabsichtigt, schon in wenigen Tagen das Budget für 1849 vorzulegen.

— Die Regierung hat die Consuln und diplomatischen Agenten in Amerika angewiesen, den armen Jeariern, welche die Rückkehr nach Frankreich wünschen, diese auf Staatskosten zu gewähren.

— In den Conferenzen heißt es, das Cabinet wolle den unaufhörlichen Viten Abdel Kardars nachgeben und ihn aus St. Ambroise nach dem Orient abreisen lassen. Der „National“ protestirt im Voraus gegen diese unsinnige Großmuth des Cabinets, an die es vielleicht nie ernstlich dachte.

— Das Buch des Hrn. Guizot macht hier großes Aufsehen; in weniger als zwei Tagen war die erste Auflage vergriffen.

— Die Vorgänge an den Barrieren werden täglich ernster. Die National-Garde der 1ten und 2ten Legion war gestern den ganzen Tag in den Baignolles auf dem Plage, und da sie Mienen machte, die Agenten des Fiskus nicht unterstügen zu wollen, so löste sie General Cordin mit 3000 Mann Infanterie, Lanciers und Dragoner ab. Um 2 Uhr protokolllirten die Zollbeamten noch. Um 3 Uhr wurden mehrere Kanonen auf dem Place-Vintimille, nächst der Rue de Cligny, beim ehemaligen Rivoli (Pavillon Labourrière), aufgeföhrt. Der Gazette des Tribunaux zufolge, ist der Anführer der widerspenstigen Weinhändler, Präfident des Banketts vor der Barriere du Maine, gefänglich eingezogen worden. Die Union meldet, daß die Gährung in den Baignolles, in Montrouge und Belleville immer mehr überhandnehme. Die Esfakette ermahnt die Gewerbetreibenden, nicht das Beispiel der Rebellion zu geben. Einige entlassene Beamte der Nordbahn und der Versailler Linie haben bereits die allgemeine Aufregung benutzt, um auf einen Volkshaufen einzuwirken, der den Versuch machte, die Schienen der gedachten Bahnen auf einigen Stellen aufzureißen.

Paris, den 13. Januar. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung steht die Proposition Kateran an der Tages-Ordnung. Die Debatte war äußerst lebhaft, ja stürmisch. Hr. de Séze ergriff zuerst das Wort für die Proposition. Von einer Verletzung der Konstitution, wie der Berichterstatter Grevy sagte, könne nicht die Rede sein, denn der Artikel 115. der Konstitution beschließt nur, daß die Versammlung die organischen Gesetze noch votire, nicht aber, wie viele. Das sei also jetzt noch wohl möglich. Der Beschluß vom 11. Dec. über die Zahl der Organischen Gesetze alterire die Konstitution nicht, und könne modifizirt und verändert werden. Eine konstituierende Versammlung dürfe seiner Ansicht nach nichts thun, was einer legislativen Versammlung zukomme. Es sei hiernach leicht abzumessen, wann das Mandat einer konstituierenden Versammlung für geschlossen erachtet werden müsse. Herr Pierre Bonaparte ist gegen die Proposition. Die National-Versammlung sei keine dem Präsidenten feindliche Macht, sondern der eine Theil stütze den andern, um die Uebergriffe der Parteien im Zaum zu halten. Die National-Versammlung, die im Juni einen Beweis ihrer Ergebenheit abgelegt, werde sich nicht einschüchtern lassen, werde den Rebellen Still-schweigen aufliegen. Herr v. Montalembert sprach sich wiederum sehr lebhaft für die Proposition, Herr Villault eben so entschieden gegen die Proposition aus. Die Rede des letzteren führte Herrn Odillon Barrot auf die Tribüne. Diese beiden Reden regten einen heftigen Sturm auf; um 7½ Uhr fing man an abzustimmen. Etwas Gewisses konnte man über den Ausfall der Abstimmung noch nicht sagen. Wie es den Anschein hatte, dürfte die Proposition Kateran den Sieg davon tragen.

— Heute Vormittag begab sich eine große Deputation von Arbeitern, welcher weißgekleidete Mädchen mit einer rothen Fahne, darauf die Inschrift „Gesellschaft der Arbeiter“ vorangingen, nach dem Elysée National. Sie erhielt Einlaß und überreichte dem Präsidenten der Republik eine Bittschrift um Amnestie. — Der Präsident läßt sich, wie das Univers anzeigt, im Elysée National eine Kapelle für den Gottesdienst einrichten. Abbé Orsini ist zu seinem Kaplan ausersesehen.

— Viel Aufsehen macht die Flucht des Kanonikus, Generalsekretairs des Erzbischof von Aix, mit einer sehr schönen Dame, die erst seit kurzem sein Beichtkind geworden war.

Strasbourg, den 11. Januar. Auf den Dörfern werden jetzt Bittschriften um Auflösung der National-Versammlung von Haus zu Haus getragen, und die Bauern, welche mit den Steuergesetzen der jetzigen Kammer, trotz der Verminderung der Salz-Auflage, nicht zufrieden sind, unterschreiben recht gern, zumal dies keine Kosten verursacht. Die politische Aufregung wächst wieder in dem Maße, als vorauszusehen ist, daß wir uns am Vorabend neuer Wahlen befinden.

Ly on, den 8. Januar. Die politischen Clubs haben seit voriger Woche wieder häufig Sitzungen. Da, wo seit Monaten der Bonapartismus gepredigt wird, herrscht einige Unzufriedenheit, denn die vorzüglichsten Führer hatten unmittelbar nach der Erhebung Ludwig Bonaparte's auf Staats-Anstellungen gezählt, sie hatten auf Entlassungen von Beamten gehofft, welche unter der Verwaltung der provisorischen Regierung und Cavaignac's eingesetzt wurden. Die Zahl der Mißvergünstigen wächst daher mit jedem Tage. Seit vierzehn Tagen ist auf der ganzen Linie des Alpenheeres das Kriegsmaterial wieder vermehrt worden, und während man vor einigen Wochen glaubte, es träten beträchtliche Beurteilungen und Verabschiedungen ein, ist plötzlich keine Rede mehr von einer Maßregel, welche namentlich beim Handelsstande mit großer Freude begrüßt worden wäre. — In der hiesigen Gegend haben sich seit der Vertreibung der Jesuiten aus der Schweiz sehr viele Mitglieder dieses Ordens den Ignorantenbrüdern angeschlossen und den Unterricht in den Landschulen übernommen. Die meisten Gemeinderäthe verabschieden nun dieselben, doch haben auch einige andere den Beschluß gefaßt, daß „in Betracht des vorzüglichen Unterrichts, den die Geistlichen erteilen, die Regierung angearbeitet werden möge, ihnen eignen größeren Wirkungskreis anzuvertrauen.“ Sie können sich denken, welche heftige Polemik dieses in den Zeitungen hervorruft. In La Souillotiere hat vorigen Sonntagabend eine wahre Hejzagt gegen die Ignorantenbrüder Statt gefunden. Sie mußten um Mitternacht flüchten.

### Großbritannien und Irland.

London, den 11. Januar. Für die Familie des als Verfasser hochverrätherischer Artikel nach der Bermuda-Insel verbannten John Mitchell haben seine Landsleute eine Subscription eröffnet, welche auf dem Papiere noch nicht ganz 2000 Pfund ergeben hat, wovon jedoch in Wirklichkeit nur 900 Pfd. eingekommen und der Madame Mitchell durch den Kassierer, Hrn. Richard O'Gorman, überschickt worden sind. Der Dubliner Korrespondent der Times meint, diese Summe sei gerade kein Beweis großer Freigebigkeit, wenn man erwäge, daß Hr. Mitchell (der in der That unter den Führern der irischen Konföderation einer der begabtesten und aufrichtigsten Patrioten gewesen zu sein scheint), dem Plane für Befreiung Irlands so viele persönliche Opfer gebracht habe. — Der Prozeß gegen Hrn. Duffy schleppt sich noch immer langweilig hin. Die Englischen Richter nehmen hiervon Veranlassung, dem Irischen Richterstand Mangel an tüchtiger Geschäftskennntniß und praktischer Geschicklichkeit vorzuwerfen.

— In Birmingham glauben die besunterrichteten, nach Amerika handelnden Kaufleute, daß unverweilt große kommerzielle Erfolge von dem Goldfud in Kalifornien zu erwarten seien, und daß man sich auf eine sehr bedeutende Zunahme des Begehres Britischer, besonders Birminghamer Fabrikate für den Amerikanischen Markt Rechnung machen dürfe. Schon mit der letzten Amerikanischen Post sollen gute Ordres und ungewöhnlich starke Rimeffen eingegangen sein. In London will auf die Nachrichten über den Goldreichtum Kaliforniens eine Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 200,000 Pf. St. in Aktien von 10 Pf. St. zusammentreten. Die erste Einzahlung beträgt blos einen Schilling. Sobald sich die Gesellschaft gehörig konstituir hat, sollen durch Hülfse ihrer zweiten Einzahlung von 10 Sch. Einleitungen zum Ankauf der nöthigen Ländereien gemacht werden. Aus Kalifornien erfährt man weitere Einzelheiten über den Umschwung der dortigen Verhältnisse in Folge des plötzlich entdeckten Goldreichtums. Der Preis des Goldes ist so tief gesunken, daß ein gewöhnlicher Handlungsbieder ein Jahresgehalt von 2500 Dollars und freien Fisch erhält. Ein Oberkellner hat 1700 Dollars jährlich für die Kolonie selbst ist der Goldreichtum von den nachtheiligsten Folgen. Mit Ackerbau und Viehzucht giebt sich Niemand mehr gern ab, Gesetz und Ordnung haben aufgehört, in den Golddistrikten gilt blos das Recht des Stärksten, und die ärgsten Verbrechen werden ungeahndet begangen. Die plötzlich reich gewordenen Goldsucher geben sich den gräßlichsten Ausschweifungen hin. Im Hafen San Francisco liegen 25 Schiffe vor Anker, die aus Mangel an Mannschaft nicht in See gehen können. Außer den Goldgruben sind auch reiche Silberbergwerke entdeckt worden, die aber noch nicht benugt werden. Quecksilber ist häufig, und die neue Almadengrube in Santa Clara liefert Erz von 50 pC. Gehalt.

— Die Auswanderungen nach den Vereinigten Staaten dauern auch jetzt, mitten im Winter, unablässig fort; alle dahin abgehenden Schiffe sind überfüllt, und die Auswanderer gehören durchgängig den wohlhabenden Klassen an. Im Frühjahr werden viele Tausende über's Meer ziehen. Aus Liverpool sind im vorigen Jahre 127,501 Personen nach den Vereinigten Staaten und nur 2066 nach Kanada ausgewandert, weil dort den Einwanderern eine kleine Steuer auferlegt worden ist.

— Das Kalifornia-Gold ist in der Münze der Vereinigten Staaten zu Philadelphia amtlich gepöbt worden, und der vom 11. Dec. datirte Bericht des Münzdirektors R. W. Patterson an den Finanzminister lautet also: „Am 8. d. M. erhielten wir die erste Sendung Gold aus Kalifornien; es kam von San Francisco auf dem Weg über den Isthmus. Es wog 1804.54 Unzen Tropgewicht, und 1423.80 davon waren aus den leichteren unter der Oberfläche liegenden Minen, 380.19 aus den Fundgruben am Je-

